



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri



Reputationsschaden verhindern. Genügend Mittel für die HSLU.

Parlamentarische Empfehlung gem. Art. 124 der GO des Urner Landrates

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich beim Konkordatsrat dafür einzusetzen, dass der Hochschule Luzern (HSLU) genügend Mittel zur Verfügung stehen, um ihren Leistungsauftrag erfüllen zu können. Insbesondere wegfallende Bundesbeiträge sollen kompensiert werden. Auf Lohnkürzungen und höhere Studiengebühren ist dafür zu verzichten. Es ist nicht die Schuld der Angestellten oder der Studierenden, wenn weniger Bundesmittel zur Verfügung stehen.

Begründung:

Die Hochschule Luzern steht unter massivem Spardruck. Im Jahr 2017 sollen mindestens 3 Millionen und 2018 gar 5 Millionen eingespart werden. Die Sparmassnahme sei geplant, weil Bundesbeiträge in der Höhe von 2,5 Millionen wegfallen.

Dass dafür nun das Personal gerade stehen sollen, ist ein Armutszeugnis für die Trägerkantone. Denn im schweizerischen Benchmark weist die Hochschule Luzern heute schon sehr tiefe Ausbildungskosten pro Studierende und die tiefsten Gemeinkosten aus. Die Zitrone ist ausgepresst und nun soll direkt beim Personal abgebaut werden. Die geplanten Salärkürzungen gefährden die gute Qualität der Lehre, denn die aktuellen Löhne sind bereits heute tiefer als in anderen Regionen. Von einzelnen Kantonen (Kanton Luzern beim Budget 2016) geforderte weitere Sparmassnahmen und nun die geplante Salärkürzung schaden auch der Reputation dieser für die Zentralschweiz enorm wichtigen Bildungsinstitution.

Da der Konkordatsrat gemäss dessen Präsident im Sommer 2016 über allfällige Lohnkürzungen entscheiden wird, bitten wir den Regierungsrat die Parlamentarische Empfehlung entsprechend vorher zu beantworten.

Schattdorf, 08.03.2016

Erstunterzeichner:

Alex Inderkum

Zweitunterzeichnende:

Nina Marty

Thomas Huwyler